

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 49. 29. Jahrg.

1. Dezbr. 1916.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.)  
\* 7 Die Länder des Weltpostvereins 1,26 Mk.

**Redaktion:** Adolf Domnick, Berlin N 24, Eisenstr. 86-88  
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24.  
Telephon: Amt Norden, 4266. Druck und Expedition: Conrad Mäler.  
Schwenditz, Auguststraße 8-9. — Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltige Fettdrucker- oder Druckraum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verlagsmitarbeiter sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Schutzverband und Arbeitsvermittlung. Rundschau. Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915. — **Allgemeines:** Die Bescheidenen. — Die photomech. Fächer: Frauenarbeit. Ortsberichte: Berlin. — Eingegangene Gelder. Druckfehler-Berichtigung. Totenliste. — Anzeigen.

## Schutzverband und Arbeitsvermittlung.

Der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer hat bekanntlich den Vorschlag unserer Organisation auf Verständigung über die Arbeitsvermittlung und Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises als zur Zeit unangebracht und weggelehnt. Diese Verständigung zwischen den maßgebenden Stellen der Unternehmer- und der Gehilfenorganisation wäre für die ruhige Überführung des Gewerbes aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft dringend erwünscht und für die gute Regelung der Zurückführung der Kriegsteilnehmer, besonders der Kriegsbeschädigten, in das gewerbliche Arbeitsverhältnis und ihre Unterbringung in den Betrieben durchaus notwendig gewesen. Aber der Schutzverband war anderer Meinung; er wollte von der gemeinsamen Regelung der Arbeitsvermittlung gegenwärtig noch nichts wissen. Das hinderte ihn jedoch nicht, die Errichtung eines reinen Unternehmerarbeitsnachweises zur Zeit nicht für »unangebracht« zu halten, sondern diese Gründung kurzer Hand zu vollziehen, trotz der Vereinbarung zwischen dem Schutzverbande und der Gehilfenorganisation vom Jahre 1912, die bekanntlich die Schutzverbandsmitglieder verpflichtet, die Arbeitsvermittlungseinrichtungen unserer Organisation in erster Linie in Anspruch zu nehmen.

Die Arbeitsnachweisgründung des Schutzverbandes zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß er jene Vereinbarung beim Abschluß des großen und schweren Streik- und Aussperrungskampfes nicht dem eigenen Triebe folgend, sondern nur der Not gehorchend eingegangen ist. Jetzt glaubt er die Zeit des Völkerkrieges benutzen zu sollen, um sich, hoffend auf die vermeintliche Wehrlosigkeit der Gehilfenschaft während des furchtbaren Weltbrandes, von jener unbequemen Vereinbarung freizumachen, sie zu brechen. Er hält die Gelegenheit für günstig, in der Zeit des gewerblichen Waffenstillstandes durch seine vereinbarungswidrige Neugründung einen Schlag gegen die Gehilfenschaft und ihre Organisation führen zu können, der sich mit dem Burgfrieden und einer vernünftigen, weitausschauenden und auf die dauernde Wahrung des gewerblichen Friedens gerichtete Gewerbepolitik ganz und gar nicht verträglich. Er hat sich unter Ablehnung jeder paritätischen Regelung der Frage zum Alleinherrscher über den Arbeitsmarkt aufzuschwingen versucht, um dadurch auch möglichst alleinbestimmend bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft zu werden.

Dieses Bemühen des Schutzverbandes entspricht übrigens auch vollständig den Bestrebungen aller anderen scharfmacherisch geleiteten Unternehmerorganisationen. Sie alle sind bemüht, die Beherrschung des Arbeitsnachweises

ganz und gar in ihre Hände zu spielen. Das veranlaßt sie, nicht nur gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der Arbeiter, sondern auch gegen die paritätischen, von Unternehmern und Arbeitern oder ihren Organisationen gemeinsam eingerichteten und geleiteten sowie gegen die unparteiischen gemeindlichen Arbeitsnachweise mit aller Schärfe vorzugehen und eigene Arbeitsnachweise einzurichten. Diese dienen in ihren Händen nicht der Besetzung offener Stellen mit verfügbaren Arbeitskräften, sondern hauptsächlich als Kampfmittel gegen die organisierte Arbeiterschaft. Diesen Charakter der Unternehmerarbeitsnachweise suchen ihre Macher vor der Öffentlichkeit allerdings meist abzuleugnen und ihre Zwecke und Aufgaben zu verschleiern. Aber unter sich machen sie kein Hehl daraus, was sie von ihrer Arbeitsvermittlung erwarten.

So hat schon die Arbeitsnachweiskonferenz der Arbeitgeberverbände im Jahre 1905 als einen der Hauptzwecke der Unternehmerarbeitsnachweise bezeichnet, »in Streikfällen für Heranschaffung von Ersatzkräften zu sorgen«. Und Kommerzienrat Mendk, Altona, der Vorsitzende der Arbeitsnachweiskonferenz im Jahre 1908, bezeichnete es als Grundverkehrt, »die Arbeitsnachweise nach dem Beispiel gewisser Sozialreformer mit gefühlspolitischen Momenten zu verquicken und die Arbeitsnachweise als Wohltätigkeitsanstalten auffassen zu wollen«. Diesen Auffassungen entsprechend, haben dann auch die früheren großen Zentralen der Unternehmerorganisationen, die Hauptstelle und der Verband deutscher Arbeitgeberverbände, in ihrem Kartellvertrag als wichtigste Aufgabe der Vertragsschließenden »die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise bezeichnet und in einem vertraulichen, aber trotzdem bekanntgewordenen Rundschreiben an die Untermervverbände klar und deutlich zugegeben:

»Der Arbeitsnachweis ist für die Unternehmer in allen Fällen von großer Wichtigkeit. Es ist keine Phrase, wenn gesagt wird, daß derjenige, der einen gut ausgebauten Arbeitsnachweis in der Hand hat, die Arbeitsbedingungen regulieren kann. Es muß unbedingt dahin getrachtet werden, daß in Streikfällen den Arbeitgebern Arbeitswillige in genügender Anzahl und von ausreichender Qualität zugewiesen werden. Das ist nur durch den Arbeitgeberarbeitsnachweis möglich. Nun, die Durchführung dieser Maßregel wäre ein Kampfmittel ersten Ranges.«

Den scharfmacherisch gerichteten Untermervverbänden ist also die Arbeitsvermittlung nicht Selbstzweck, sondern in erster Linie Mittel zum Zweck der Niederhaltung der Arbeiterschaft: Streiberechervermittlung und Maßregelungsbureau. Letzteres wurde ebenfalls unumwunden eingestanden, so schon im Jahre 1909 durch den bekannten Generalsekretär Nasse in einer Versammlung der Dresdener Bauunternehmer, in der er frei und offen ausführte:

»In den Arbeitsnachweisen dürfen nur die Arbeitgeber zu bestimmen haben. Man nennt unsere Arbeitsnachweise jetzt Maßregelungsbureau. Das schadet nichts; ich will offen gestehen, es muß uns freistehen, jene Elemente

von den Arbeitsstellen fernzuhalten, welche unter den Arbeitern die Hetzarbeit verrichten.«

Diesen Anschauungen entspricht auch vollständig das praktische Wirken der Stellenvermittlungsbureaus des Unternehmertums, durch das sie als nichts anderes denn als Maßregelungsbureau schlimmerer Sorte gekennzeichnet werden. Am klarsten kam das bei den Enthüllungen aus den Geheimakten des Arbeitsnachweises der Industriellen aus Mannheim-Ludwigshafen zum Ausdruck, die das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, der Bergknappe, vor nunmehr sieben Jahren zu veröffentlichen in der Lage war. Das Blatt stellte damals auf Grund seines Materials fest:

»Die dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Firmen dürfen Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis beziehen. Auf dem Arbeitsnachweis werden die Arbeiter auf eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichensprache üblich. Durch Zeichen wird alles mögliche angedeutet. Für die Sünder ist ein schwarzes Buch angelegt. Aus den verschiedensten Gründen werden die Arbeiter von der Arbeit ausgesperrt. Das Zeichen z. k. bedeutet »zu keinem«, und darf ein mit diesem Zeichen versehener Arbeiter bei keinem eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Abkehr zeigten der Nachweisstelle, was mit den Leuten passieren sollte.«

Der Bergknappe gab auch eine interessante Blütenlese solcher Worte bekannt, für die in der geheimen Zeichensprache dieses sogenannten Arbeitsnachweises Merkmale vorgesehen waren; dazu gehörten: »Anarchist«, »Haupthetzer und Aufwiegler«, »fresches Benehmen«, »Beleidigung des Direktors«, »sehr tätiger Agitator«, »Rädelsführer im Streik«, »zu hohe Lohnansprüche«, »Streikpostenstehen«, »Kontraktbruch«, »Beteiligung an der Maifeier« und so fort in schier endloser Reihe. Sogar Arbeiter mit kleinen körperlichen Gebrechen, z. B. einen Leistenbruch, einen Herzfehler usw., wurden auf diese Weise gekennzeichnet und auf den Index gesetzt. Die Arbeiter bekamen zwar scheinbar Arbeit nachgewiesen, aber die von den Entlassungsscheinen in die Arbeitsnachweislisten übertragenen geheimen Zeichen wurden auf den Vermittlungszetteln wiederholt. Mit diesem Zettel erhielt jeder Arbeiter, der eine Stellung nachgewiesen bekam, den Urlassbrief in die Hand, und jeder Unternehmer, zu dem er geschickt wurde, wußte sich darnach zu richten.

Im Mannheim-Ludwigshafener Falle war es einmal gelungen, die heimtückische Verfeinerung ehrlicher Arbeiter, deren Nase dem einen oder dem anderen Unternehmer nicht gefallen hatte, an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Aber dieser Fall steht nicht vereinzelt da und ähnliche Praktiken sind zweifellos in den meisten Unternehmerarbeitsnachweisen üblich. Hat doch auch der Geschäftsführer des Mannheim-Ludwigshafener allgemeinen Untermervverbandes, Dr. Keiner, z. B. bei der Errichtung des Arbeitsnachweises des Zechenverbandes Pate gestanden und dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbände für

das Baugewerbe sowie dem Verbands der Rheinreedereien in der gleichen Angelegenheit seinen guten Rat geliehen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich auch der Schutzverband der Steindruckunternehmer bei der Errichtung seines Arbeitsnachweises, zu dessen Unterstützung er vielleicht seinen famosen Lohnkataster wieder neu in Fluß bringen will, von ähnlichen menschenfreundlichen Wünschen und Absichten, wie sie in Mannheim-Ludwigshafen und anderswo verwirklicht wurden, leiten ließ.

Es steht also fest: Den Unternehmerorganisationen ist der Arbeitsnachweis nicht ein Mittel zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, sondern er ist ihnen genau so wie ihre Streikversicherung, ihre gelben Werkvereine, ihre sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, ihre schwarzen Listen und anderen terroristischen Maßnahmen nichts anderes als ein Mittel im wirtschaftlichen Kampfe, eine Waffe gegen die organisierte Arbeiterschaft, eine Handhabe zur Niederhaltung der Arbeiter und zum Druck auf die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen.

Aus diesen Tatsachen muß die gesamte Gehilfenschaft erkennen, was ihrer wartet, wenn es dem Schutzverbände gelingt, den Einfluß der Gewerkschaft auf die Arbeitsvermittlung auszuschalten und Alleinherrscher auf diesem Gebiete zu werden. Diese Sachlage muß alle Gehilfen veranlassen, gegen die Bestrebungen ihr Recht, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch ihre Organisation als gleichberechtigter Faktor ein entscheidendes Wort mitzureden, mit aller Entschiedenheit zu verteidigen. Da die Leitung des Schutzverbandes von einer paritätischen Arbeitsvermittlung nichts wissen will, kann diese Verteidigung des Rechtes der Gehilfenschaft und die Abwehr der Schutzverbandsabsichten nur durch die strikteste Meidung der Unternehmerarbeitsnachweise und durch die strengste Einhaltung der Arbeitsnachwebestimmungen unserer Organisation erfolgen. Wer anders handelt, schädigt die Gesamtheit der Kollegenschaft und damit auch sich als Glied dieser Gesamtheit in der empfindlichsten Weise. P. B.

## Rundschau.

**Adressen der Kriegsteilnehmer.** »Der Hauptvorstand hat uns armen Vorsitzenden eine große Arbeit aufgebürdet mit dem Aufsuchen und Versenden der Rundschreiben an die Kriegsteilnehmer. Kaum ein Drittel Adressen hat man und zwei Drittel Adressen muß man erst suchen. — Diese Klage eines Zahlstellen-Vorsitzenden ist verständlich. Wir wissen, daß die Verbandsarbeit jetzt eher schwieriger ist als in Friedenszeiten, wo alles seinen geregelten Gang ging. Ungemein wichtig ist aber die möglichst enge Verbindung mit den eingezogenen Kollegen. Sie über unsere heimatische Gewerkschaftsarbeit ständig auf dem Laufenden zu erhalten, sie mit allen wirtschaftlichen und beruflichen Veränderungen bekannt zu machen, ist ein wertvolles Stück Agitationsarbeit. Wir wissen, daß einzelne Verwaltungen mehr als die Hälfte der Adressen haben. Schaffen wir mehr Adressen! Der Verband muß der Freund der eingezogenen Kollegen werden, dem sie all ihre Wünsche, Hoffnungen und Schmerzen vertrauen können.

**Brave Kinder bekommen nichts.** Eine fühlbare Lehre für ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation ist vor kurzem den Arbeiterinnen auf den Hamburger Werften geworden. Das ist auch eine Errungenschaft der Kriegszeit, daß viele Frauen an dem Bau der Seeschiffe mitwirken, wo sonst nur Männer beschäftigt wurden. Die Menzanzahl dieser Frauen glaubte, sich um die Organisation nicht kümmern zu brauchen, weil ja die männlichen Arbeiter organisiert sind. Diese Tatsache war auch der Organisation der Werftbesitzer bekannt. Als nun die Werftarbeiter eine Lohnerhöhung verlangten und zugleich Forderungen für die Arbeiterinnen stellten, da wurden diese letzteren Forderungen abgelehnt. Der Sekretär der Unternehmerorganisation sagte den Arbeitervertretern: Die Frauen sind ja gar nicht organisiert, die Forderungen für sie sind ja nur gestellt, um sie agitatorisch auszuschlachten. Diese Vermutung des Unternehmensekretärs ist wohl nicht unbegründet. Jedenfalls hätten die Arbeiter auf den Werften ihre Kolleginnen auf die erzielten Erfolge hingewiesen, um sie dadurch zu veranlassen, der Organisation beizutreten. Die Ablehnung der Forderung

für die unorganisierten Frauen ist aber ein viel wirksameres Agitationsmittel. Jetzt haben sie es aus Unternehmerrmund: Die braven Kinder bekommen nichts! Wie kann man für die Arbeiterinnen Lohnforderungen stellen, sie sind ja nicht organisiert! Nicht überall sind die Unternehmer so offen, zu sagen, daß sie deshalb nichts bewilligen, weil die Arbeiter nicht organisiert sind, aber sie handeln stets nach diesem Grundsatz.

↳ Holzarbeiter-Frauenblatt.

**Fett- und Eiweißbeschaffung aus Getreidekeimen.** Auf Veranlassung des Kriegsernährungsamtes für Öle und Fette hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes die allgemeine Durchführung der Getreidekeimeung angeordnet. Alle Mühlen sollen angehalten und verpflichtet werden, die Keime gesondert zu gewinnen und dem Kriegsausschuß für Öle und Fette abzuliefern.

**Auch eine Arbeitsgemeinschaft.** Dem Correspondenzblatt der Generalkommission entnehmen wir die folgende, für die Gewerkschaften wertvolle Notiz: Die beiden großen Unternehmerverbände, der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, die während des Krieges in einem Kriegsausschuß der deutschen Industrie zusammenwirken, wollen diese Gemeinschaftsarbeit auch nach dem Kriege fortsetzen. Sie haben deshalb durch ihre leitenden Ausschüsse einen »Deutschen Industrierrat« eingesetzt, dem auch der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands angehört. Der »Deutsche Industrierrat« soll unter voller Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen fortan die einheilige Interessenvertretung der deutschen Industrie darstellen und sich die gemeinsame Behandlung aller, die Interessen der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit berührenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen nach Maßgabe der festgestellten Satzungen zur Aufgabe machen. Er wird aus 54 Mitgliedern bestehen, von denen je 25 aus den Kreisen der dem Zentralverbande Deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen angeschlossenen Industriegruppen zu bestellen, sowie 4 Mitglieder vom Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands abzuordnen sind. Die Geschäftsführung des »Deutschen Industrierrats« wird in den Händen der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen liegen. Das Beispiel der Unternehmerverbände sollte ein Ansporn für die Arbeiter- und Angestelltenverbände auf gewerkschaftlichem Boden sein, auch ihrerseits der dauernden Gemeinschaftsarbeit nach dem Kriege in einer Form näher zu treten, denn nach dem neuerlichen Bekenntnis der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« zum »Herr-im-Hause-Standpunkt« wird es nach dem Kriege an Gelegenheiten nicht fehlen, in denen die Arbeiter- und Angestelltenschaft nur dann berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen vermag, wenn sie das ganze Schwergewicht geeinter Solidarität in die Wagsschale werfen kann!

**Wachsende Unternehmerrmacht.** Kürzlich haben wir auf den von den Industriellen-Verbänden gegründeten Industrierrat hingewiesen, durch den sich die Unternehmer nicht nur einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung sichern, sondern auch ihre Macht gegenüber den Arbeiterorganisationen stärken wollen. Der Zusammenschluß des Unternehmertums zieht unterdessen immer weitere Kreise. Auf der dieser Tage in Berlin stattgefundenen Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen teilte der Geschäftsführer des Vereins, Dr. Reichert, mit: »Das Ziel, nach dem der Verein vor allen Dingen strebt, ist die Einigung der ganzen Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrie. Die bisherigen Bemühungen haben zu einer Klärung der verschiedenen Bestrebungen und zu einer erfreulichen Übereinstimmung der in Betracht kommenden Interessenvertretung geführt.« Der Zusammenschluß dieser Industrien, die vor dem Kriege durch große Interessengegensätze geschieden waren, würde zu einer ganz gewaltigen Organisation führen, deren Macht sich vornehmlich auch in den Kämpfen der Arbeiterklasse fühlbar machen würde.

**Übergangswirtschaft und Konsumvereine.** Die durch Verordnung des Bundesrats vom 3. August dieses Jahres geschaffene Stelle eines Reichskommissars für die Erleichterung des Übergangs von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ist auch für die Verbraucher von außerordentlicher Wichtigkeit. Es ist selbstverständlich, daß sie sich den nötigen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge sichern müssen. Auch die Gewerkschaften haben dieses Interesse. Sie haben deshalb am 5. Oktober bereits an den Reichskanzler eine gemeinsame Eingabe gerichtet, in der sie bitten, Vertreter der Gewerkschaften und der Konsumentenorganisationen als Mitarbeiter für den Reichskommissar für Übergangswirtschaft und in den Berat zu berufen, und sich erboten, geeignete Vorschläge zu machen. In der Sitzung des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe am 27. Oktober betonte der Reichskommissar, Senator Dr. Sthamer, besonders, daß eine Verbesserung des Ernährungsstandes der Bevölkerung zu den wichtigsten Aufgaben der Übergangswirtschaft gehöre, und in der Sitzung desselben Ausschusses am 14. Oktober er-

klärte Staatssekretär Dr. Helfferich, daß Mitarbeiter aus allen Kreisen der praktischen Berufe herangezogen werden sollten. Wir erachten es als selbstverständlich, weil im Staatsinteresse nicht minder liegend als in Interesse der Verbraucher, daß neben den Gewerkschaften auch die Konsumentenvereine in angemessenem Umfange zur Erledigung der hier in Aussicht stehenden schweren und wichtigen Arbeiten herangezogen werden. Die Verbesserung des Ernährungsstandes der Bevölkerung ohne Mitwirkung der berufenen Vertretungen der Verbraucher ist einfach undenkbar.

**Verurteilung eines ungetreuen Verbandskassierers.** Der frühere Verbandskassierer des Nolensteher-Gehilfenverbandes, Richard Eisold, von dessen Verfehlungen wir in No. 11 der Graphischen Presse berichteten — er hat im Laufe der Jahre nach und nach die Summe von 1900 Mk. unterschlagen —, wurde vom Kgl. Schwurgericht zu Leipzig wegen Unterschlagung, Untreue und gewinnstüchtiger Fälschung öffentlicher Urkunden zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

## Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915.

Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft ausüben, ist es von Bedeutung, inwieweit die Gewerkschaften sich den schweren Kriegsnöten gegenüber gewachsen erzeigen. Erfreulicherweise liefert nun die soeben veröffentlichte Statistik über die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1915 den Nachweis, daß trotz der langen Dauer des Krieges die Lebenskraft der Gewerkschaften ungebrochen ist, daß sie auch im zweiten Kriegsjahr ihre Aufgaben erfüllen könnten, obschon die Einberufungen zum Heeresdienst lähmend auf ihre Tätigkeit einwirkte. Groß ist Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften entzogen wurden, besonders hat sich der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten äußerst fühlbar gemacht. Zwar sind während der Kriegszeit Streiks- und Aussperrungen nur vereinzelt vorgekommen, die Arbeit für die Organisation und Leitung von wirtschaftlichen Kämpfen war gering. Aber die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise, der gegenüber die vor Kriegsausbruch gezahlten Löhne nicht entfernt im Verhältnis standen, machten Lohnsteigerungen zur dringenden Notwendigkeit. Da Streiks nur im äußersten Falle geführt werden sollten, so mußte eine Aufbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern versucht werden. Vielfach haben die Militärbehörden mitgewirkt, einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber auch eine Fülle anderer, durch die Kriegszeit erwachsener Aufgaben hatten die Gewerkschaften zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbeschädigten. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kongreß für Kriegsbeschädigte in Köln a. Rh. und die Sonderberatungen, die von den Gewerkschaften aller Richtungen dort abgehalten wurden, beweisen, daß die Organisationen dieses neue Arbeitsgebiet sehr ernst nehmen. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht entfernt so ausgebaut, wie es dem Willen der Gewerkschaften entspricht. Nicht alle verantwortlichen Stellen zeigen hier den Gewerkschaften das genügende Entgegenkommen, sie erschweren ihnen oft ihre Tätigkeit. Ebenso liegt es vielfach auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge.

Am 30. Juni hatten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter 2482046 Mitglieder, das Jahr 1915 schließen sie mit einem Bestand von 982863 Mitgliedern ab. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1914: 1864729 männliche und 203648 weibliche, zusammen 2052377 Mitglieder. 1915 dagegen 974158 männliche, 172101 weibliche, zusammen 1146259 Mitglieder. Hiernach beziffert sich die seit dem vorigen Jahre eingetretene Mitgliederabnahme auf 909118 gleich 44,15 Proz. Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schluß des Jahres auch weitere 278316 = 11,2 Proz. der Mitglieder verloren gegangen, darunter weibliche 43700 = 20,4 Proz. der Mitglieder. Zum Teil handelt es sich bei diesem Verlust um eingezogene Mitglieder, die es verabsäumten, sich abzumelden und dann wegen restierender Beiträge aus den Listen gestrichen wurden. Eine große Zahl von Zweigvereinen der Verbände ging, durch starken Entzug an Mitgliedern geschwächt, und mangels tätiger Kräfte, völlig ein. Es verringerte sich ihre Zahl von 10980 im Jahre 1914 auf 9869 im Berichtsjahr. Dazu kommt, daß durch die Einberufungen den Gewerkschaften auch ein erheblicher Teil leitender Kräfte, Vertrauensleute, Verwaltungsbeamte entzogen wurde. Vor Kriegsausbruch waren insgesamt 2867 Angestellte, am Schluß des Jahres dagegen nur 1477 tätig. Die Zahl der Angestellten in den Zweigvereinen ging allmählich von 1956 auf 851, also um 1105 zurück. Obschon diese Tatsachen den Verlust an Mitgliedern erklären, bleibt er doch



bedauerlich, besonders der starke Rückgang an weiblichen Mitgliedern hätte nicht eintreten dürfen gegenüber der vermehrten erwerbsmäßigen Tätigkeit der Frauen. Die von der Generalkommission vorgenommenen Quartalerhebungen über die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden haben erfreulicherweise ergeben, daß im Laufe des Jahres 1916 bei den weiblichen Mitgliedern wieder eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl eingetreten und bei den männlichen Mitgliedern die über die Zahl der Eingezogenen hinausgehende rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

In gleicher Weise wie die Zentralverbände wurden auch die anderen Gewerkschaftseinrichtungen von Mitgliederverlusten betroffen. Der enorme Rückgang der Mitgliederzahl in den Zentralverbänden hat selbstverständlich auch ihre Einnahme an Beiträgen gewaltig vermindert. Während für 1914 noch eine Einnahme von 65236696 Mk. an Beiträgen zu verzeichnen war, fiel sie im Jahre 1915 auf 37076202 Mk. Die Gesamteinnahme ging von 70871954 auf 41503227 Mk. zurück. Trotzdem konnten die Verbände nicht nur ihre bisherigen Verpflichtungen erfüllen, sondern noch weitere übernehmen. So die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Für diese wurden 6701940 Mk. im Jahre 1914 und 8074085 Mk. im Jahre 1915, von Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17963759 Mk. verausgabt. Die sonstigen Ausgabeposten der Verbände sind fast alle bis auf den für Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, zum Teil sehr erheblich. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 229413 Mk. verausgabt. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ging von 23718902 Mk. im Jahre 1914 auf 3485423 Mk. im Jahre 1915 zurück; die Ausgabe für Krankenunterstützung verringerte sich von 10795912 Mk. auf 2425033 Mk. An Notstandsunterstützung wurden 1914: 3457391 Mk. und 1915: 1824322 Mk. verausgabt. Die Zusammenfassung aller Ausgaben für Unterstützungen — ohne die bei Streiks gewährten — ergibt für 1915 die Gesamtsumme von 17862340 Mk., während sie im Jahre 1914: 48689426 Mk. betrug. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände 1915 34938864 Mk., 1914 dagegen 79547272 Mk. Was kaum zu erwarten war ist eingetreten: Die Zentralverbände haben im zweiten Kriegsjahr finanziell günstig abgeschnitten, reichlich die Hälfte ihrer Zahl kann sogar gegenüber dem Jahre 1914 einen Vermögenszuwachs buchen.

Während der Kriegszeit sind, wie die Statistik nachweist, die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände im vollen Umfange leistungsfähig geblieben. Auch ihre innere Festigkeit ist nicht gelockert. Es wird hoffentlich bei den Völkern Europas die bessere Einsicht zum Sieg gelangen und nicht ein drittes Kriegsjahr mit allen seinen Schrecken und Verwüstungen über die Völker verhängt werden. Wohl ist damit zu rechnen, daß auch dieses von den Gewerkschaften getragen wurde, jedoch ist bei längerer Kriegsdauer ihre Widerstandskraft für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende geschwächt, in der sie am leistungsfähigsten sein müssen. Der Arbeitsmarkt wird dann überfüllt sein und die Unternehmer werden wahrscheinlich versuchen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Dann stehen den Gewerkschaften schwere Kämpfe bevor. Zwar erwarten wir, daß die aus dem Felde heimkehrenden Gewerkschaftsgenossen ihren Organisationen gegenüber genau so treu ihre Pflicht erfüllen, wie sie es draußen zum Schutze des Vaterlandes getan haben. In erster Linie haben aber die Daheimgebliebenen dafür zu sorgen, daß unsere Verbände stark gefestigt bleiben, damit auch diese Zeit überwunden wird.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Die Bescheidenen.**

Als besonders kluge Rechner haben sich die Lithographen der Luxuspapierfabrik Schwertfeger & Co. erwiesen. Wie man gut daran tut, Beiträge für die Gewerkschaften zu sparen, wie man sich außerdem durch die Fernhaltung vom Verbände den besonderen Dank seines Arbeitgebers verdient, das alles kann man prächtig aus folgendem Voraug lernen.

Die Steindrucker-Kollegen der Firma Schwertfeger & Co., Berlin, wandten sich an die örtliche Verbandsleitung. Sie waren zu der Überzeugung gekommen, daß die dauernd ansteigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ein Auskommen mit den bisherigen Löhnen nicht mehr gestatten. Die Verwaltung wies darauf hin, daß die Lithographen und Steindrucker gemeinsam im Verbandsverbande organisiert seien und es daher allein richtig wäre, eine derartige Forderung um Lohn-erhöhung auch nur gemeinsam durchzusetzen. In der anberaumten Geschäftsversammlung erschienen nun die Steindrucker vollzählig, von den Lithographen aber, trotz dringender Einladung, von den zirka 25 beschäftigten Kollegen nur 3. Das war

den Kennern der Verhältnisse keineswegs überraschend. Während unsere Steindrucker-Kollegen dort von jeher straff organisiert waren, hielten sich die Lithographen-Kollegen in der Mehrzahl dem Verbands fern, stellten sich ihm zum Teil sogar feindlich gegenüber.

In dieser Geschäftsversammlung einigten sich die Steindrucker sehr bald dahin, zum Ausgleich der Teuerung Lohnforderungen zu stellen. Die anwesenden Lithographen erklärten sich für ihre Person damit einverstanden, konnten aber leider für ihre abwesenden Kollegen keinen Bescheid geben. Sie nahmen daher erst am nächsten Tags Rücksprache mit ihnen. Es gelang auch eine Kommission zu wählen, die gleichfalls bei der Leitung der Firma vorstellig werden sollte. Bei dieser Unterhandlung mit einem der Herrn Direktoren der Firma erklärte dieser den Lithographen unter Angabe verschiedener Gründe: sie möchten sich doch noch ein wenig gedulden, während er kurz vormdem den Steindruckern einigermaßen bestimmt durchblicken ließ, daß sie auf Bewilligung ihrer Forderung rechnen dürften.

Nach diesem Bescheid fand eine zweite Geschäftsversammlung statt. In dieser waren nicht nur wieder sämtliche Steindrucker, sondern diesmal auch die Mehrzahl der Lithographen vertreten. Die Ersteren sprachen dabei die feste Absicht aus, bei Nichtbewilligung ihrer Forderungen ihr Arbeitsverhältnis zu lösen und sich lohnendere Beschäftigung zu suchen. Sie erklärten sich auch bereit, auf eine einheitliche Lohnzulage von 3 Mk. pro Woche und pro Mann zu bestehen. Leider konnten die anwesenden Lithographen wieder nur versprechen, sich zu einem gleichen Vorgehen mit den fehlenden Kollegen zu verständigen.

Diese Verständigung geschah dann auch. Kurz darauf fand die Verhandlung der beiderseitigen Vertreter mit der Leitung der Firma statt. Nun aber das Resultat. . . . Naive Gemüter könnten meinen, daß die in der Mehrzahl immer bescheidenen und wirklich nicht von Klassenkampfdieuren vergifteten Lithographen-Kollegen nun den Lohn für ihr Verhalten bekamen? Jawohl! Und zwar einen richtigen Schutzverbandsunternehmerlohn! Denn während den Steindruckern sämtlich, ohne Ausnahme, 3 Mk. pro Woche Lohnzulage bewilligt wurde, erhielten die Lithographen — jetzt endlich — die Teuerungszulage von 10 Mk. pro Monat, die die Steindrucker schon seit Monaten bekamen.

Preisfrage: Wieviel haben jene klugen N.-V.-Kollegen gespart, wenn jeder von ihnen einige Monate keine Teuerungszulage und nun wieder wahrscheinlich auf unabsehbare Zeit keine Lohnzulage von 3 Mk. pro Woche erhalten? — Dabei muß allerdings noch berücksichtigt werden, daß diese N.-V. auch keine Ansprüche auf Unterstützung an den Verband haben.

Doch wir wollen nicht verhehlen, daß ihnen durch den Herrn Direktor auch ein Trost geworden ist, wenn er auch nicht direkt für sie ausgesprochen wurde. Der Herr sagte nämlich schon bei der ersten Verhandlung mit den Steindruckern sinngemäß folgendes: Wir haben so große Abschlüsse, daß sie durch Überstunden ihren Lohn mit Leichtigkeit erhöhen können. — Die bösen Steindrucker zogen daraus sofort die wenig respektvollere aber desio richtigere Nutzenanwendung: Wenn die Firma so viel zu tun hat, uns also notwendig braucht, dann bestehen wir erst recht auf unsere Forderung. Aber die bescheidenen N.-V.-Lithographen werden den Rat befolgen. Sie werden weiter Hausarbeit leisten, wie sie es auch bisher immer getan haben. — Nicht wahr, ein erhebendes Bild deutschen Heldentums? Wir bitten den Vergleich mit der Rundschauotiz dieser Nummer: »Brave Kinder bekommen nichts!« zu beachten!

**Die photomech. Fächer.**

**Frauenarbeit?**

Wenige Monate erst ist es her, daß den Kollegen im Felde von dieser Stelle aus zugerufen wurde, neben dem Kriegshandwerk nicht das Friedenshandwerk aus dem Auge zu lassen. Damals war es die wenig löbliche Absicht der Unternehmer, die für die Dauer des Krieges zu gewöhnliche Teuerungszulage bei Friedensabschluß wieder in Wegfall kommen zu lassen, die uns auf den Plan rief. Heute ist es eine nicht minder wichtige Frage.

Das so ungeheuer wichtige Problem der Frauenarbeit ist es, daß plötzlich auch für unseren Beruf aus dem Stadium der Erwägung heraustritt, um als Tatsache seine Lösung zu finden.

Nach am 19. Mai dieses Jahres war in der Graphischen Presse anlässlich der Besprechung des Geschäftsberichtes des Tarifamtes beim Kapital »Frauenarbeit« zu lesen: *im Bewußtsein der Pflichterfüllung auch den im Felde stehenden Gehilfen gegenüber und der Hochhaltung der tariflichen Verhältnisse, hat das Tarifamt sein Einverständnis zur Einstellung und Anlernung weiblicher Hilfskräfte nicht gegeben.* Heute lehrt uns das Tarifamt mit seinem Rundschreiben an die Kreisvertreter das gerade Gegenteil von dem, was noch als Pflichterfüllung und Hochhaltung tariflicher Verhältnisse galt. *Das Tarifamt konnte sich der*

*Berichtigung des Antrages des Bundes der Chemigraphischen Anstalten auf Anlernung und Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte nicht entziehen*, so heißt es u. a. in dem erwähnten Rundschreiben. Den fertigen Tatsachen, vor die uns nunmehr das Tarifamt gestellt hat, gilt es ins Angesicht zu sehen.

Grundsätzlich ist die Frage der Frauenarbeit für die moderne, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft seit langem schon gelöst. Wir fordern völlige Gleichberechtigung. Das Goethesche Ideal, nach dem das deutsche Grediten seinen Platz hinter dem häuslichen Herd hat, ist durch die wirtschaftliche Entwicklung längst überholt. In unser kapitalistisches Zeitalter, wo materielle Not und mangelnde soziale Fürsorge Millionen von Frauen zwingt, erwerbstätig zu sein, passen solche veralteten Anschauungen nicht mehr. Ganz und gar Vogel-Strauß-Politik treiben hieß es, wollten wir uns in der gegenwärtigen Zeit, wo die Frauenarbeit Riesenumfang angenommen hat, etwa aus angekränkeltem Männerstolz gegen die Frauenarbeit dort wenden, wo ein wirklicher Mangel an männlichen Arbeitskräften vorhanden ist. Also nicht gegen die Frauenarbeit an sich richtet sich unser Protest, sondern gegen die Tendenz der Lohnrückerei durch Frauenarbeit im allgemeinen und in unserem besonderen Falle noch gegen die Art und Weise der Regelung dieser bedeutsamen Frage durch das Tarifamt. Der bekannte bürgerliche Sozialpolitiker Prof. Dr. Franke äußerte sich kürzlich in den Preußischen Jahrbüchern zur Frauenarbeit u. a. wie folgt:

*Maßgebende Unternehmerorgane erklären bereits, daß die niedrigen Frauenlöhne ein Vorzug seien, den man auch im Frieden nicht missen wolle. So wird voraussichtlich auch künftig an vielen Arbeitsplätzen die Frau stehen wo früher der Mann allein stand. . . . Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau wird verschärft, sie macht ihm nicht nur den Platz streitig, sondern sie drückt auch den Lohn, denn der selbstverständliche Grundsatz, daß für gleiche Leistungen auch gleicher Lohn zu zahlen ist, wird in den weitesten Kreisen nicht befolgt. Frauenarbeit wirkt regelmäßig lohndrückend, und zwar nicht nur auf Frauenlöhne sondern auch darüber hinaus auf die Männerlöhne.*

In die Lohnverhältnisse unseres Berufes übersetzt heißt das: der den weiblichen Überläufer (?) nach beendetem Lehrzeit (?) zu zahlende Minimallohn würde gar bald lohndrückend auf die höheren Löhne wirken.

Hören wir nun, was das Tarifamt zur »sachlichen« und »rechtlichen« Begründung seines Vorgehens zu sagen hat.

Zum Letzteren beruft sich das Tarifamt als Antwort auf den Protest der Leipziger Vertrauensmänner kurzer Hand auf »ordnungsgemäße Beschlußfassung«. Ganz so einfach will uns die Geschichte denn doch nicht dünken. Nach Ziffer 1 und 12 d des Tarifes ist das Tarifamt lediglich eine den Tarif ausführende und verwaltende Instanz. Es hat innerhalb der ihm vom Tarifausschuß gezogenen Grenzen für strikte Einhaltung und Beachtung des Tarifes und seiner Bestimmungen Sorge zu tragen. *Festsetzung des Tarifes, Revisionen, sowie Kommentare zu seinen einzelnen Bestimmungen zu erlassen, das ist ausschließlich Sache des Tarifausschusses.* Er allein und nur er allein ist die *gesetzgebende Instanz.*

Die Frage der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in größerem Umfange in unserem Berufe ist eine so völlig neue und wenig vorbereitete, daß sie unmöglich durch das Tarifamt auf dem Wege der Verordnung geregelt werden kann. Die Frage ist viel zu weitläufig, als daß sie das Tarifamt einfach durch die Bestimmungen für Überläufer meistern könnte. Die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte, die von so einschneidender Bedeutung insbesondere auf das in unserem Berufe so komplizierte Lohnsystem ist, gehörte unbedingt vor den Tarifausschuß. Er allein ist die zuständige Instanz.

Das Vorgehen des Tarifamtes entbehrt jeder »tarifrechtlichen Grundlage«. Wer will unter diesen Umständen die Gehilfen zur Anlernung weiblicher Überläufer verpflichten?

Daß die Unternehmervertreter mit geringem Gewissens-Skrupeln an die Lösung der Frage herangehen, entspricht durchaus ihren gegensätzlichen Interessen. Von den Gehilfenvertretern hingegen hätten wir erwarten müssen, daß sie mehr im »Bewußtsein ihrer Pflichterfüllung, namentlich uns Feldzugsteilnehmern gegenüber«, gehandelt hätten Burgfriedliches, allzu Burgfriedliches!

Zur sachlichen Begründung seiner getroffenen Bestimmungen verweist das Tarifamt auf den steigenden Mangel an Gehilfen, der den Interessen der Hochhaltung und weiteren Fortführung vieler Betriebe zuwiderläuft. Inwieweit die Behauptung eines steigenden Mangels an männlichen Arbeitskräften zutrifft, vermögen wir im Felde stehenden Kollegen infolge fehlender Orientierung nicht zu beurteilen.

Nach dem Geschäftsbericht des Tarifamtes standen am Jahresende 1915 rund 50 Proz. der Gehilfen im Felde. Rund 30 Proz. waren voll beschäftigt und rund 8 Proz. machten zusammen die verkürzt beschäftigten, arbeitslosen und außer Beruf arbeitenden Kollegen aus. Die fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienst haben in den verflorbenen, 10 Monaten zweifelsohne eine

weitere Abnahme der verfügbaren Gehilfen bewirkt. Ob dies aber in dem Maße geschehen ist, daß der Ruf nach weiblichen Arbeitskräften »schon heute« berechtigt ist, das wollen wir, den Berufsverhältnissen Fernstehenden, uns von den Daheimgebliebenen sagen lassen. Ihr Urteil wollen wir uns zu eigen machen. Da sind es denn doch recht gewichtige Gründe, mit denen unsere Kollegen der Forderung der Unternehmer entgegen treten. Mir ist beim Niederschreiben dieser Zeilen nicht bekannt, ob am 6. November stattgefundene Protestversammlung der Leipziger Chemigraphengehilfen bereits zur öffentlichen Kenntnis der Gesamtkollegenschaft gelangt ist. (In Nr. 47 der Graph. Presse. D. Red.) Dort ist eine ganze Fülle von Material vorgebracht worden, das gegen die Notwendigkeit der Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften spricht.

Nach unseren Leipziger Kollegen, denen sich inzwischen die Düsseldorf angegeschlossen haben, besteht zur Zeit noch kein Mangel an männlichen Arbeitskräften. Weiter sind noch lange nicht die Reserven erschöpft, soweit sie sich aus berufsverwandten Kreisen zusammensetzen. Diese Kollegen unterbringen, das müssen wir vor allen Dingen fordern. Gerade sie sind durch die Entwicklung unseres Gewerbes vielfach in ihrer Existenz bedroht. Daß der Arbeitsgang im Gewerbe etwa ein Mehr von Arbeitskräften erfordert, wird gleichfalls von unseren Kollegen bestritten, wie sie auch weiter die vom Tarifamt aufgestellten Ziffern des Arbeitsnachweises in bezug auf ihre Richtigkeit anzweifeln.

Das alles sind Dinge, die uns die Überzeugung, daß das Tarifamt aus einer bitteren Notwendigkeit heraus gehandelt hat, nicht gewinnen lassen. Sieben die Dinge so — und wir haben keinen Anlaß, die von unseren Kollegen aufgestellten Behauptungen auf ihre Glaubwürdigkeit hin anzuzweifeln — dann fordern wir im Felde Stehenden von unseren Kollegen daheim entschlossenen Kampf und energisches Widerstand.

Das, Kollegen ist eure Pflicht, die ihr insbesondere uns gegenüber zu erfüllen habt!

Im ureigensten Interesse wünschen auch wir die Hochhaltung und Existenz des Gewerbes in der schweren Kriegszeit. Unser Anteil an den Opfern, die der Krieg dem Gewerbe auferlegt, nehmen wir willig in den Kauf. Mit allem Nachdruck aber müssen wir von den Unternehmern fordern, daß sie ihren Opferanteil nicht auf Kosten der Arbeiter zu verkleinern versuchen.

Fauenarbeit? Ja, wenn alle Voraussetzungen und Bedingungen hierzu erfüllt sind!

Nach dem letzten Geschäftsbericht des Tarifamtes sollen »Unternehmer und Arbeiter sowohl in guten wie in schlechten Tagen aufeinander angewiesen sein«. Zur Bekräftigung dieses durchaus zu billigen Grundsatzes heißt es dann am Ende des Berichtes noch: *Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.* Nun denn, hic rhodus, hic salta! L. S.

## Ortsberichte.

**Berlin, Chemigraphen.** Die Monatsversammlung vom 7. September 1916 erledigte folgende Tagesordnung: 1. Photogr. Aufnahme. 2. Geschäftliches. 3. Tarifliche Verbandsfragen. (Organisationsvertrag, Preislieferungsbedingungen.) 4. Ersatzwahl eines Revisors. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Vor Eröffnung der Versammlung fand eine photographische Aufnahme der anwesenden Kollegen statt. Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Feldgrauen begrüßt, madt er wiederum den Tod von fünf Kollegen bekannt, und zwar sind es die Kollegen Schneiderei, Obier, Bamberg, Hans Junge und Max Roth. Der Vorsitzende widmete denselben einen Nachruf, insbesondere erwähnte er den Kollegen Schneiderei, welcher sich als langjähriges Verwaltungsmittglied um unsern Verband verdient gemacht hatte. Die Kollegen ehren dieselben durch Erhebung. Als dann wurden durch Abstimmung 8 Kollegen in den Verband aufgenommen. Zum Punkt 3 gibt der Vorsitzende folgenden Bericht: Als man im Jahre 1913 den Tarif erneuerte, wurde gleichzeitig beschlossen, zwischen dem Bund der Prinzipale und dem Senefelder-Bund einen Organisations-Vertrag zu schaffen. Nun sind bereits zwei Jahre verflissen, ohne daß dieser Vertrag zustande gekommen ist. Aus diesem Grunde hatte bis jetzt das Tarifamt keine Handhabe gegen Firmen, welche die Preislieferungsbedingungen nicht einhielten, energisch vorzugehen. Damit aber das Tarifamt wieder ordnungsgemäß arbeiten kann, sollte dieser Vertrag jetzt zwischen beiden Parteien durdberaten und abgeschlossen werden. Da aber zur Zeit 70 Proz. unserer Kollegen im Felde und wir hier unter dem Belagerungsgesetz stehen, so ist unsere Organisation nicht im stande, diese Beratungen durchzuführen und mußte deshalb diese Gelegenheit bis nach dem Kriege zurückstellen. Die Ende September tagende Tarifamtsitzung wird uns auch darin Recht geben. Unter Vereinsangelegenheiten gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Firma Klisdee-Gesellschaft tarifret geworden ist. Bei dieser Gelegenheit wirft der Vorsitzende die Frage auf, ob es nicht in Anbetracht zukünftiger Kämpfe besser wäre, wenn wir uns mit der Vereinigung 1911 verschmelzen würden; die Verwaltung würde dann wegen dieser Angelegenheit mit dem Vorstand derselben in Fühlung treten. Er stelle deshalb die Sache zur Diskussion. Nachdem die Kollegen Geyer und Weißkopf sich über diesen Punkt ausgesprochen, erklärt der Vorsitzende, daß die Verwaltung diese Angelegenheit weiter verfolgen und später Bericht erstatten werde. Bei der Wahl zum Revisor wurde Kollege Scholz gewählt. Zum Arbeitsmarkt stellt der Vorsitzende fest, daß derselbe zur Zeit sehr günstig stehe, von 56 gemeldeten Stellen konnten nur 29 besetzt werden. Unter Verschiedenem stellt der Kollege Thomas den Antrag, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, welcher einen Vortrag über Kranken-, Unfall- und Invaliden-

Versicherung halten soll, als Begründung führt er den letzten Kassenbericht unserer Orts Krankenkasse an. Nachdem der Vorsitzende dies gesprochen, schloß er die gutbesuchte Versammlung.

## Eingegangene Gelder.

Für das 3. Quartal 1916 wurden folgende Beiträge eingesandt:

Aachen 150,—, Altona 50,—, Altwasser 120,—, Aschaffenburg 3. Rate 30,—, Aschersleben 2. Rate 150,—, Barmen 154,82, Bautzen 3. Rate 338,17, Brandenburg 3. Rate 250,—, Braunschweig 2. Rate 500,—, Bremen 180,—, Breslau 2. Rate 300,—, Burgstädt 12,17, Cassel 350,—, Chemnitz 3. Rate 300,—, Coblenz 60,—, Cöln 2. Rate 300,—, Coswig 80,—, Crefeld 2. Rate 200,—, Crimmitschau 250,—, Darmstadt 3. Rate 200,—, Dessau 103,20, Deltold 50,—, Dortmund 55,—, Dresden 3. Rate 2000,—, Düren 113,—, Düsseldorf 3. Rate 500,—, Ebersbad 60,—, Eilenburg 10,—, Elberfeld 2. Rate 100,—, Erfurt 175,—, Essen 120,—, Eblingen 300,—, Forbach 100,30, Frankfurt a. M. I 2. Rate 250,—, Frankfurt a. M. II 2. Rate 150,—, Frankfurt a. O. 75,—, Freiburg i. Schl. 47,08, Fürth 3. Rate 150,—, Geislingen 69,25, Gera 175,—, Glogau 2. Rate 111,46, Göppingen 30,—, Görlitz 110,—, Grimma 40,—, Halberstadt 3. Rate 100,—, Halle 3. Rate 150,—, Hamburg 2. Rate 500,—, Harburg 40,—, Heidelberg 22,—, Heilbronn 200,—, Herford 106,96, Hildesheim 89,50, Hirschberg 60,—, Iserlohn 230,80, Kaiserslautern 32,33, Karlsruhe 2. Rate 300,—, Kattowitz 90,—, Kaufbeuren 420,—, Kempen 88,41, Kiel 125,—, Lahr 300,—, Leipzig 3. Rate 2000,—, Lübeck 250,—, Lüneburg 55,—, Mainz 250,—, Mannheim 196,61, Meissen 450,—, Metz 75,—, Mülhausen i. Th. 20,—, München I 2000,—, München II 3. Rate 600,—, München III 195,68, Neu-Isenburg 150,—, Neurode 30,—, Niedersiedlitz 80,—, Nordhausen 50,—, Nürnberg 550,—, Offenbach 360,—, Osnabrück 35,—, Potsdam 123,85, Regensburg 133,12, Rheydt 200,—, Saalfeld 300,—, Schramberg 31,70, Schwabach 30,20, Schwerin 75,—, Selb 100,—, Solingen 50,—, Steffin 200,—, Stolberg 92,56, Straßburg 50,—, Stuttgart I 2. Rate 550,—, Stuttgart II 2. Rate 600,—, Tilsit 33,80, Trier 110,—, Vierns 2. Rate 53,83, Weimar 53,—, Zeitz 75,—, Zittau 166,12 und Zwickau 2. Rate 150,— Mk.

Für das 4. Quartal 1916 wurden eingesandt: Aschaffenburg 75,—, Bautzen, 250,44, Chemnitz 250,—, Dresden 2000,—, Frankfurt a. M. I 100,—, Frankfurt a. M. II 100,—, Fürth 150,—, Hannover 700,—, Leipzig 3000,—, Magdeburg 400,— und München I 500,— Mk.

Berlin, den 25. November 1916. *Wilh. Brall.*

## Druckfehler-Berichtigung.

In dem Artikel: Teuerungszulagen im Gau Frankfurt a. M.-Mainz, in Nr. 47 der Graph. Presse muß es auf Seite 169 unter Mainz heißen: 6 Mk. bis 10 Mk. monatlich, nicht wöchentlich.

*Die Redaktion.*

## Totenliste.

† Am 1. August 1916 in *Emmerich a. Rh.* **Theodor v. Emmerloot**, Steindruck-Lehrling aus Elten 1. Holland, 16 Jahre alt, wurde von der holländischen Grenzwahe beim Schmuggeln erschossen. — Eingetreten in die Lehrlingsabteilung in Emmerich am 2. Mai 1915.

† Am 12. August in *München* **Josef Willhöfer**, Steindruker aus München, 56 Jahre alt, an Magen- und Darmkatarrh, krank 6 Wochen. — Eingetreten in München am 28. März 1893.

† Am 14. August in *Leipzig* **Emil Ohme**, Chemigraph aus Limbad bei Chemnitz, 60 Jahre alt, an Asthma. — Eingetreten in Leipzig am 4. Juli 1915.

† Am 27. August in *Bietigheim* **Karl Keller**, Linoleumdruker aus Grimma i. S., 59 Jahre alt, infolge eines Betriebsunfalles, (Lungen- und Kehlkopfverletzung), krank 1 Woche. — Eingetreten in Berlin am 30. Januar 1901.

† Am 31. August in *Cassel* **Johannes Emde**, Steindruker aus Cassel, 56 Jahre alt, an Hirnhaut-Entzündung, krank 21 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Cassel am 1. Januar 1893.

† Am 8. September in *Mannheim, bezw. Traar* **Heinrich Bucher**, Steindruker aus Traar, 19 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 37 Wochen. — Eingetreten in Crefeld am 18. April 1915.

† Am 14. September in *Danzig* **Hermann Becker**, Steindruker aus Danzig, 39 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Danzig am 1. Oktober 1899.

† Am 20. September in *Mannheim* **Moritz Drehsler**, Lichtdrucker aus Oberwiesenthal i. Erzgeb., langjähriges Vorstandsmitglied in Mannheim, 48 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 13 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Dresden am 9. Mai 1896.

† Am 20. September in *Leipzig* **Richard Berger**, Steindruker aus Leipzig, 53 Jahre alt, an Gehirnverwundung, krank 30 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 7. Juli 1896.

† Am 21. September in *Berlin* **Hermann Elsholz**, Photograph aus Berlin, 19 Jahre alt, am Herzschlag. — Eingetreten in Berlin am 10. Oktober 1915.

† Am 2. Oktober in *Leipzig* **Theodor Bierich**, Steindruker aus Leipzig, 56 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 20. Juni 1903.

† Am 11. November 1916 in *Berlin* **Wilhelm Neubert**, Steindruker aus Berlin, 70 Jahre alt, an Magen- und Darmleiden, Invalide seit 26. Februar 1911. — Eingetreten in Berlin am 7. Januar 1893.

## Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

## Stellenangebote

### Reproduktions-Photograph

für Farb- und Schwarz- aufnahmen auch im Kopieren bewandert zum baldigen Antritt in angenehme gutbezahlte Stellung gesucht. **Kunstanstalt Gebrüder Dietrich, Leipzig, Josephinenstr. 9.**

Ich suche zum baldigen Eintritt einen **Photographen**

für Schwarz- und Dreifarbenaufnahmen, ebenso einen

### Schwarz- und Farbenätzer.

Millitärfreie Herren, welche gut und sicher in diesen Fächern arbeiten, bitte um Zeugnisse und Gehaltsansprüche.

**A. Krämer, Stuttgart.**

## Verschiedenes

**Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w.** in bester Ausführung fert. an **Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Manteuffelstr. 31.**

## Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (*Algraphie*). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Conrad Müller, Schkeuditz.**

## Schriftmetall

Altblei kauft gegen sofortige Kasse. **Cassirer, Charlottenburg, Kantstr. 69.**

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung

Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**